Wien, 05. Juli 2017

**Presseinformation**

**Der Mittelstand muss eine Vertretung haben**

**Senat der Wirtschaft präsentiert die Mittelstands-Allianz**

Wien: “Unternehmer sind kein Stimmvieh! Sie wollen gehört werden”, deponieren Vizekanzler a.D. Dr. Erhard Busek, als Präsident, und Hans Harrer, als Vorstands-vorsitzender des Senats der Wirtschaft, bei der Präsentation der Mittelstands-Allianz und einem Wirtschaftsgespräch mit Repräsentanten des Mittelstandes sowie Vertretern der Parlamentsparteien im Wiener Looshaus. „Der Mittelstand muss gehört werden und jene Aufmerksamkeit erhalten, die ihm als Stabilitätsfaktor der Gesellschaft zukommen sollte. Denn diese Stabilität ist in Gefahr“, warnt Busek.

„Dieses Land lebt vom Mittelstand! Er bildet das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft, durch das 64% aller Umsätze und 68% aller Arbeitsplätze generiert werden“, so Dr. Johannes Linhart, Geschäftsführer der Mittelstands-Allianz, der die Dringlichkeit einer starken Stimme für diese so wichtige Gruppe hervorstrich. Bestärkt wurde er durch die Aussagen von Josef Resch, Geschäftsführer von Resch&Frisch, der vor allem das Umsetzen der Arbeitszeitflexibilisierung als wichtigen Punkt für die Entwicklung der mittelständischen Wirtschaft sieht und jeder Forderung für kürzere Arbeitszeiten und mehr Urlaub eine klare Absage erteilt. Gemeinsam mit Josef Kranawetter, Österreichischer Geschäftsführer des internationalen Technologie-Unternehmens Weidmüller, legte er dar, dass der österreichische Standort in Zukunft nur mit besseren Rahmenbedingungen erfolgreich sein kann. Da ist die Politik gefordert nicht nur über den Mittelstand zu reden, sondern endlich jene Maßnahmen zu ergreifen, die die Unternehmen von der überbordenden Bürde der Bürokratie und Verwaltung entlasten.

„Sonst“, so Erhard Busek, „ist die Mitte in Gefahr, weil wir uns permanent mit den Rändern beschäftigen und kein realitätsnaher Wirtschaftsdialog mehr stattfindet. Die Mitte ist jedoch politisch und sozial notwendig um Stabilität zu gewinnen. Es geht nicht an, dass der Mittelstand nur dann wichtig wird, wenn es um dessen Wählerstimmen geht“.

Im Anschluss deponierte NAbg. Ing. Wolfgang Klinger von der Freiheitlichen Wirtschaft, dass er sich sehr für einen Bürokratieabbau einsetze, da er in seinem eigenen Unternehmen den Bürokratiedruck spüre und forderte auch von der Verwaltung sich an Best-Practice-Beispielen zu orientieren, da man vieles mit wesentlich weniger Personal bewältigen könne. NAbg. Dr. Ruperta Lichtenecker, von der Grünen Wirtschaft plädierte ebenfalls für einen Abbau der Büroktaie, genauso wie NAbg. Leo Steinbichler vom Team Stronach. Neos-Obmann, Matthias Strolz konnte darauf verweisen, dass die Neos die einzige Partei seien, die bereits ein konkretes Wirtschaftsprogramm präsentiert hat, das von Arbeitszeitflexibilisierung über

weitere Vereinfachungen in der Gewerbeordnung bis hin zu einem Ende der Kalten Progression reicht.

Die Politiker begrüßten die Mittelstands-Allianz und forderten diese auf, sich hier verstärkt in den politischen Diskurs einzubringen und die richtigen Fragen aufzuwerfen.

Hans Harrer deponierte zum Abschluss noch, dass es immer wichtiger wird, sich in seine Angelegenheiten einzumischen und nicht nur zu kritisieren. Das gelte für Unternehmer ebenso, wie für Politiker, die vermehrt den Dialog mit den Unternehmern suchen sollten, um deren Probleme überhaupt zu verstehen.

Darüber hinaus forderte er eine Ökologisierung des Steuersystems, wozu der Senat der Wirtschaft bereits ein Konzept vorgelegt hat, und forderte die Parteien auf endlich die Zwangsmitgliedschaft der Kammern abzuschaffen, damit sich alle im freien Wettbewerb behaupten müssen.

*Der Senat der Wirtschaft ist eine parteiunabhängige Wirtschaftsorganisation, mit dem Ziel, Unternehmen mit praxis- und zukunftsorientierten Anwendungsinformationen zu ökosozialen Themen auszustatten und Lösungen für aktuelle Herausforderungen bereitzustellen. Er ist Think- aber vor allem ein Do-Tank, denn es geht um die Realisierung von konkreten Maßnahmen zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit von Unternehmen und der Gesellschaft. Das betrifft die Bereiche Wirtschaft, Ökologie, Bildung und Gesundheit. Außerdem ist der Senat ein international agierendes Wirtschafts-Netzwerk. Er steht in engem Dialog mit politischen EntscheidungsträgerInnen zur Verbesserung der unternehmerischen Rahmenbedingungen.*

Rückfragehinweis: Mag. Karin Keglevich-Lauringer

Special Public Affairs GmbH

Tel: 01-5322545-10 oder 0664 3380834

Email: keglevich@spa.co.at